

FIRMENKUNDENGESCHÄFT

Zahlungsmoral deutscher Unternehmen stabil

In Anbetracht der Corona-Situation bleibt der Zahlungsverzug deutscher Unternehmen beim Begleichen der Rechnungen auf einem niedrigen Niveau, meldet Creditreform. Im dritten Quartal 2021 haben die Unternehmen demnach im Schnitt genauso (un)pünktlich gezahlt wie im Vorjahreszeitraum. Der branchenübergreifende Zahlungsverzug beträgt wie im Vorjahreszeitraum 9,4 Tage. Bei den Bundesländern gibt es bei der Zahlungsmoral einige Unterschiede. Vor allem die Betriebe in Baden-Württemberg (7,9 Tage), Bayern (8,1 Tage) und Bremen (8,4 Tage) zahlten branchenübergreifend im dritten Quartal 2021 am schnellsten. Am anderen Ende der Skala rangiert Berlin (10,8 Tage) vor Hamburg (10,9 Tage) und dem Schlusslicht Mecklenburg-Vorpommern mit 11,2 Tagen Verzug.

Nach Wirtschaftssektoren hat sich die Zahlungsmoral im Baugewerbe im dritten Quartal 2021 zwar um 0,3 Tage verbessert. Mit 13,6 Tagen verbessert ist der Verzug bei Firmen aus diesem Sektor jedoch am weitaus längsten. Bei den Konsumgütern (7,7 Tage), im Einzelhandel (7,7 Tage) und im Bereich „Chemie/Kunststoffe“ mit 7,4 Tagen wurden Rechnungen mit deutlich weniger Verzug beglichen. Verschlechtert hat sich die Zahlungsmoral dagegen neben dem Baugewerbe auch im Einzelhandel (7,7 Tage

nach 7,4 Tagen im Vorjahr), bei den persönlichen Dienstleistungen (11,1 nach 10,6 Tagen im Vorjahr) sowie im Bereich Grundstoffe mit 11,4 (11,1) Tagen.

In der insgesamt positiven Entwicklung sieht Patrick-Ludwig Hantzsch, Leiter der Wirtschaftsforschung bei Creditreform, – wie auch beim bisher rückläufigen Insolvenzgeschehen – jedoch eher ein Paradoxon als ein Zeichen der Gesundheit. Denn zur Stabilisierung haben vor allem die massiven staatlichen Hilfsmaßnahmen beigetragen, durch die große Mengen Liquidität an die Unternehmen ausgereicht wurden. Zudem hätten sich die „Unternehmenslenker“ mittlerweile an die Krise gewöhnt und ihr Risiko- als auch ihr Forderungsmanagement an die dauerhafte Ausnahmesituation angepasst. Beim Auslaufen der Corona-Hilfen drohe eine drastische Verschlechterung des Zahlungsverhaltens in besonders vom Umsatz abhängigen Bereichen. Wie lange sich diese positive Entwicklung fortsetzt, hängt vor allem von der Dauer und Intensität der staatlichen Hilfsmaßnahmen ab. Die Ampelkoalition ließ bereits verlauten, dass die wichtigsten Wirtschaftshilfen bis mindestens März 2022 als Reaktion auf weitere drohende Einschränkungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben fortgeführt werden sollen. Red.